

BürgerInnenbrief **Mitte**

3. August 2009



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Hapag-Lloyd gerettet? +++ Kaltehohe +++ Harley Days +++ Sport-Events +++ Wahlkampf +++ Stadtplan für Fußgänger

Pfeffersäcke und Klabautermänner



Ex-Finanzsenator Peiner, Warburg-Banker Olearius, Klabautermann Kühne, TUI-Chef Frenzel und Wirtschaftssenator Gedaschko

Hamburg hat neben der HSH Nordbank und der Elbphilharmonie ein weiteres Sanierungsproblem in der Millionen-Euro-Größenordnung: Hapag-Lloyd. Die in finanzielle Not geratene Hamburger Reederei ist gerettet – vorerst. Die Eigentümer beschlossen am Dienstag, den 28. Juli 2009, eine dringend benötigte Kapitalspritze in Höhe von 330 Mio. Euro. Im Gegenzug soll Hapag seinen Anteil von 25,1% am Containerterminal Altenwerder (CTA) den Gesellschaftern überlassen. Damit kann der Schifffahrtskonzern seinen Geschäftsbetrieb aufrecht erhalten. In diese Sanierung ist der Senat und mithin das Parlament eingebunden. Als Mitglied des Haushaltsausschusses gerate ich dank der Finanzkrise immer wieder in die Umgebung von Pfeffersäcken und Klabautermännern. Besonders ärgerlich: Die Sitzungen finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit und unter dem Siegel der »Verschwiegenheit« statt.

Verlässt man allerdings das »hohe Haus«, dann ist die Presse von der schwarz-grünen Regierungskoalition bereits bestens informiert. Gleichwohl mag ein Bericht über die Sanierungsdiskussionen einen Eindruck der aktuellen Lage vermitteln.

Hapag-Lloyd, nach Kapazität die fünftgrößte Containerreederei der Welt ist, kann sich der schweren Weltwirtschaftskrise nicht entziehen. Das Unternehmen hat aufgrund des dramatischen Rückgangs beim Welthandel im ersten Quartal 2009 insgesamt 22 Mio. Euro Verlust gemacht. Bis Ende Juni wuchs dieser auf rund 500 Mio. Euro an. Bis Mitte 2010 rechnet das Unternehmen mit Verlusten von rund einer Mrd. Euro.

Diese Unternehmensverluste stellen ein weiteres Finanzrisiko für die Freie und Hansestadt dar, denn die Stadt ist seit Anfang des Jahres mit 23% (knapp 500 Mio. Euro) Anteilseignerin der Reederei.

Zögerliche Gesellschafter

Die Aktienmehrheit von Hapag-Lloyd war im vergangenen Herbst vom Alteigentümer TUI an das nach dem früheren Hapag-Generaldirektor und mit Kaiser Wilhelm II. befreundeten Reeder benannte »Konsortium Albert Ballin« verkauft worden. In diesem blieb der Reisekonzern TUI infolge der Finanzmarktkrise wesentlich stärker beteiligt als zunächst geplant. Er behält an Hapag-Lloyd einen Anteil von 43,3%, das Konsortium hält die restlichen 56,7%. Größter Anteilseigner am Konsortium wiederum ist mit 40,67% die Freie und Hansestadt Hamburg, der Logistik-Unternehmer Klaus-Michael Kühne hält 26,55%, die restlichen Anteile verteilen sich auf die Iduna Vereinigte Lebensversicherung mit 12,61% und die Versicherung Hanse Merkur mit 3,36%, während die HSH Nordbank und das Bankhaus M.M. Warburg je 8,4% beanspruchen.

Bei den Verhandlungen über den aktuell gewordenen Noteneinschuss zur Rettung der Reederei wurde erneut deutlich, mit welcher dubiosen Zeitgenossen sich die Stadt im »Konsortium Albert Ballin« eingelassen hat. So verweigerte Klaus-Michael Kühne, im Frühjahr noch als »Vater der Hamburger Lösung« gefeiert, eine Beteiligung an der Kapitalspritze, auch Warburg und Hanse Merkur passten bei der Bereitstellung der geforderten Mittel. Mit im Boot sind hingegen weiter die HSH Nordbank, die Iduna sowie TUI und die Stadt Hamburg.

Die beiden Letzteren sollen sich die Last der Mehrkosten teilen, die durch den Absprung der anderen Eigentümer entstanden ist. Gemessen an seinen Anteilen an Hapag-Lloyd hätte Kühne 49,7 Millionen Euro zu dem Rettungspaket beisteuern sollen, das Bankhaus M.M. Warburg 15,7 und die Hanse Merkur 6,3 Millionen Euro. Nun ist vorgesehen, dass die fehlenden 71,7 Millionen Euro in einem komplizierten Verfahren von TUI und der Stadt übernommen werden. Dieses Verfahren sieht vor, dass TUI zunächst die gesamte Summe aufbringt. Die Stadt verpflichtet sich aber, im März 2011 ein Drittel des Geldes, also 25 Millionen Euro, für die Verweigerer hinzuzuschießen. Daraus ergibt sich eine Belastung von 101 Millionen Euro aus Steuermitteln für die Rettung Hapag-Lloyds. Der Überbrückungseinschuss soll bei der zu verhandelnden Krisenfinanzierung angerechnet werden.

Im »Handelsblatt« vom 30.7. ist über Klaus-Michael Kühne zu lesen: »Was ist es, was diesen Mann bewegt: Patriotismus oder Profitstreben? Renditedenken oder Rechthaberei? Oder sollte es bei dem 72-jährigen Firmenpatriarchen Anzeichen eines beginnenden Altersstarrsinns geben? So oder so: In dem anhaltenden Drama um die Zukunft der in Not geratenen Containerschiffs-Reederei Hapag-Lloyd spielt Klaus-Michael Kühne nicht die entscheidende Rolle. Aber er hat mit Sicherheit die mit dem höchsten Aufmerksamkeitswert. Mehr noch: Der hochgewachsene gebürtige Hamburger mit dem eisgrauen, stets eher überkorrekt gescheitelten Haar, der sich und seine Welt-umfahrende Logistikfirma Kühne & Nagel steuergünstig am Zürichsee untergebracht hat, ist zu einer schillernden Figur geworden. Erst gestern warf er erneut mühelos einen ehernen Grundsatz hanseatischen Kaufmannsgeistes über Bord – das eiserne Gesetz, in schlechten Zeiten am besten in der Öffentlichkeit zu schweigen. Nicht

so Kühne. In einer Telefonkonferenz erläuterte er Journalisten gestern ausgiebig, warum – nach seiner Meinung – die stolze Hapag-Lloyd ohne milliardenschwere Hilfen zum Fall für den Insolvenzrichter zu werden droht. »Klau-Mi«, wie er in der Firmenzentrale genannt werden soll, feuerte Breitseiten auf den Verkäufer TUI ab und forderte aus Hannover erhebliche finanzielle Zugeständnisse. Zudem sah er schwere Versäumnisse beim Hapag-Management in der Krisenbewältigung – weil seine Empfehlungen entweder nicht oder viel zu spät angenommen wurden. Seine 15%-Beteiligung an der Reederei will er gleichwohl nicht aufgeben. Auch frisches Geld gibt es von ihm nicht: Kühne beteiligt sich nicht an der Rettungsaktion, in der die Eigentümer der angeschlagenen Reederei kurzfristig 330 Mio. Euro zur Verfügung stellen.«

Klau-Mi hat im letzten Jahr ein Jahreseinkommen (Gehalt und Boni) von 4,2 Mio. Schweizer Franken bezogen. Der Logistikunternehmer knüpft Bedingungen an ein weiteres finanzielles Engagement zur Rettung von Hapag-Lloyd: Kapitalmaßnahmen zugunsten des angeschlagenen Schifffahrtskonzerns seien »nur dann beschlussfähig, wenn mit hoher Wahrscheinlichkeit erkennbar ist, dass damit die Rettung des Unternehmens in der derzeitigen, womöglich lang andauernden Schifffahrtskrise mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit erreicht werden kann«. Bereits bei Abschluss des Kaufvertrages zwischen dem Hamburger Konsortium und dem damaligen Alleingesellschafter TUI AG sei er sich darüber im Klaren gewesen, »dass die Transaktion zu einem denkbar unglücklichen Zeitpunkt stattfand«, denn die Probleme in der Weltschifffahrt hätten sich inzwischen zu einer »Schifffahrtskrise« ausgeweitet, deren Ende nicht absehbar sei.

Für mich steht fest: Klau-Mi gefährdet die Reederei und damit etliche tausend Arbeitsplätze in Hamburg. Mit seinen Breitseiten, die mehr auf Stimmungen und Gerüchte zielen, und trotz des richtigen Hinweises auf die »Schifffahrtskrise« wenig ökonomischen Sachverstand erkennen lassen, hat er sowohl der Reederei als auch TUI Probleme beschert. Banken zögern bei der Kreditvergabe, die TUI wurde mit Verweis auf den Klabautermann aus der Schweiz von einer Ranking-Agentur herabgestuft, was gleichfalls einen ökonomischen Schaden darstellt.

Ursprünglich hatte sich die schwarz-grüne Regierungskoalition darauf verständigt, kein weiteres Geld über den vorgeschriebenen Anteil hinaus beisteuern zu wollen. In einer dramatischen Sitzung, die für interne Beratungen der Grünen sogar unterbrochen werden musste, stimmte der Senat dem komplizierten Finanzierungskonstrukt am Ende zu.

Fass ohne Boden?

Und das ist noch keineswegs das Ende der Fahnenstange. Denn für die weitere Sanierung benötigt die Reederei bis zu 1,75 Mrd. Euro frisches Geld. Dies, obwohl der Großaktionär TUI bereits eine Kreditlinie von 1,4 Mrd. Euro bereitgestellt hatte. 750 Mio. Euro davon sollen die Gesellschafter – der Reisekonzern TUI und das Hamburger Konsortium – nachschießen. Der Rest soll durch einen 300-Millionen-Kredit der staatlichen Förderbank KfW sowie Bundesbürgschaften auf-



gebracht werden. Auf die Stadt Hamburg kommen gemäß dieser Sanierungskonzeption 170 Mio. Euro zu, die anderen Beteiligten sollen 255 Mio. Euro zusätzliches Kapital aufbringen, die TUI AG muss 325 Mio. Euro einschießen. Angesichts der Schwierigkeiten bei der Nothilfe ist allerdings keineswegs sicher, ob dieses Rettungskonzept zustande kommt. Hinzu kommt der Zeitdruck: Spätestens im September müssen definitive Entscheidungen gefällt werden.

Außerdem muss Hapag-Lloyd ein hartes Sparprogramm abarbeiten, das der Unternehmensberater Roland Berger erstellt hat. Dazu gehört ein Abbau bei den rund 360 Kontoren, die Hapag-Lloyd in über 130 Ländern betreibt. Etwa 10% der weltweit 7.500 Arbeitsplätze könnten verloren gehen. Liniendienste werden reduziert und in Gemeinschaftsfahrten mit Partnern betrieben. Auch in der Verwaltung ist eine Kooperation mit anderen Unternehmen nicht ausgeschlossen.

Der tatsächliche weitere Finanzierungsbedarf ist abhängig vom Verlauf der Weltwirtschaftskrise. Die Situation im Containergeschäft ist unverändert kritisch, Einnahmen und Transportmengen sind rückläufig. Der gesamten maritimen Wirtschaft in Deutschland geht es schlecht. Werften, Reedereien, Schiffsfinanzierer und die Logistikbranche leiden unter einem drastischen Verfall der Frachtraten. Auslöser dieses heftigen Absturzes ist ein Rückgang der Transportmengen bei gleichzeitig wachsenden Kapazitäten.

Schwarz-grün ohne Zukunftskonzept

Angesichts der Bedeutung der Reederei für die Lokalökonomie und des drohenden Verlusts von 15.000 Arbeitsplätzen unterstützt DIE LINKE die Entscheidung des Senats, Hapag-Lloyd erneut unter die Arme zu greifen. Allerdings ist ein solcher Erhalt eines einzelnen Unternehmens angesichts der schweren Krise (nicht nur) der maritimen Wirtschaft nur dann sinnvoll, wenn zugleich ein übergreifendes Strukturkonzept entwickelt wird. Ein solches Strukturkonzept muss der Tatsache Rechnung tragen, dass die starke Ausrichtung der Hamburger Wirtschaft ausschließlich auf den Export perspektivlos ist. Stattdessen ist eine deutliche Ausweitung öf-

fentlicher Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Kultur, Gesundheit und Wohnungsbau erforderlich.

Zudem muss sich die Stadt dem Problem der massiven Kumulation von finanziellen Problemfällen stellen. Neben Hapag-Lloyd birgt vor allem die HSH Nordbank enorme Risiken in Milliardenhöhe für den Hamburger Haushalt. Hinzu kommen die drastisch sinkenden Steuereinnahmen und das unsinnige Festhalten an Leuchtturmprojekten wie Elbphilharmonie und U4. Schwarz-grün will offensichtlich angesichts dieser schwierigen Konstellation zu einer historisch mehrfach gescheiterten politischen Konzeption zurückkehren: Im Oktober soll, wie Ole von Beust bereits jetzt ankündigt, eine »Sparklausur« stattfinden. Wieder einmal sollen die öffentlichen Haushalte (krisenverschärfend) auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung saniert werden.

Immer deutlicher zeigt sich zudem, welche Schwierigkeiten die von Schwarz-grün so gelobten Öffentlich Privaten Partnerschaften mit sich bringen (siehe den beschriebenen »Fall Kühne« am Beispiel des »Konsortiums Albert Ballin«). Die Aufregung des GAL-Fraktionsvorsitzenden Kerstan ist angesichts der illusorischen schwarz-grünen Erwartungen an eine Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft durchaus verständlich: »Es ist aber bedauerlich, dass sich nun ausgerechnet diejenigen in die Büsche schlagen, die einst bereit waren, das Konsortium zu führen. Anscheinend sind nicht nur Banker nicht bereit, Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen, sondern auch führende Hamburger Kaufleute.«

Nicht nur Kühne ist ein Risiko für die Zukunft von Hapag-Lloyd. Auch andere Gesellschafter wie die kaum zu rettende HSH Nordbank und die Versicherung Signal Iduna, die stark in zahlreichen, kurz vor der Pleite stehenden Schiffsfonds engagiert ist, ergeben ein für die Belastung des Hamburger Haushalts gefährliches Risiko-Cluster. Vor diesem Hintergrund klingen die Worte des um gute Stimmung besorgten Finanzsenators Freytag eher wie das berühmte Pfeifen im Walde: »Hamburg lässt Hapag-Lloyd nicht im Stich. Mit der jetzt gefundenen Lösung wird die aktuell notwendige Liquidität sichergestellt.« Schauen mer mal.

Kaltehofe muss autofrei bleiben



Türmchen des alten Wasserwerk Kaltehofe

Das stadtpolitische Konzept zunächst der CDU, mittlerweile auch der GAL, »Wachsende Stadt« bzw. neuerdings »Wachsen mit Weitsicht«, zielt darauf ab, das Stadtbild nachhaltig und leider immer häufiger negativ zu verändern. Zum einen wird neuer Wohnraum vor allem für einkommensstarke Gruppen geschaffen (darunter leiden vor allem die innerstädtischen BewohnerInnen, deren Wohnungen für eben diese Klientel »freigemacht« werden), zum anderen geht es einigen naturnahen, teilweise recht unbekanntem Flecken an den Kragen.

Jetzt soll auch Kaltehofe dran glauben – die idyllische Halbinsel mit dem ehemaligen Wasserwerk, die von Rothenburgsort aus über das beeindruckende Sperrwerk Billwerder Bucht zu erreichen ist. Bisher ist das ca. 60 ha umfassende Gelände zwischen der Norderelbe und der Billwerder Bucht nur für FußgängerInnen, RadfahrerInnen und SkaterInnen nutzbar, Autos ist durch eine Schranke die Zufahrt verwehrt. Das historische Wasserwerk mit seinen ehemals 22, heute noch 17 mit Wasser gefüllten Becken stammt aus dem Jahre 1893. Die »Wasserkunst Kaltehofe« diente noch bis 1990 der Aufbereitung des Hamburger Trinkwassers. Heute schläft die eingezäunte Anlage, die auf einem rund 3,5 km langen Weg umrundet werden kann, einen wunderbaren Dornröschenschlaf (Rundgänge auf dieser ungewöhnlichen »Wasserkunstinself« bieten Stadtplanerinnen Hanne Hollstegge und Anke-Marey Ahmels unter www.rothenburgsort-tours.de und unter www.wasserkunstinself.de an; dort gibt es auch weitere Infos zu der nur fünf Kilometer von der Hamburger Innenstadt entfernten Halbinsel).

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) möchte nun das Gelände teilweise »entwickeln«, d.h. zu einem

Freizeitpark umgestalten. Geplant ist ein Wasserpark mit Plansch- und Modellbootbecken, der Umbau der alten Villa aus dem Ende des 19. Jahrhunderts zu einem kombinierten Ausstellungs-Seminar-Gaststättengebäude und die Schaffung eines zusätzlichen Wasserbeckens mit einem weiteren Ausstellungsgebäude darin. All dies erhöht sicherlich den Freizeit- und Nutzwert für die BesucherInnen dieses in Hamburg einzigartigen Ortes. Konterkariert wird dieser positive Aspekt dadurch, dass mitten auf dem bisher für Autos gesperrten, also auch von Autolärm verschonten Gelände zukünftig 120 Parkplätze entstehen sollen. Damit aber wäre dieses Naherholungsgebiet mit seinen bemerkenswerten Vogel- und sonstigen Tierbeständen in Frage gestellt, der Charakter dieser Landschaft würde zerstört werden.

Deshalb unterstütze ich die Forderung der Umwelt- und der Rothenburgsorter Initiativen, zum Beispiel »Hamburg Wilder Osten. Stadtteil-Initiative für mehr Lebensqualität in Rothenburgsort« und ihre Petition »Keine Autos auf Kaltehofe!« (www.hwo-digital.de/ingang.html).

Mir leuchtet nicht ein, warum ausgerechnet eine »grüne« Stadtentwicklungssenatorin einem solchen Projekt »grünes« Licht erteilen will. Die bisherige BürgerInnenbeteiligung hat deutlich gemacht, dass Kraftfahrzeuge auf Kaltehofe von den BewohnerInnen nicht gewünscht werden. Mit einer Kleinen Anfrage an den Senat will ich jetzt herausfinden, wie der konkrete Stand der Umsetzung des Projekts ist. Ich hoffe, dass sich Anhaltspunkte ergeben, an denen die Initiativen und DIE LINKE im Interesse der Menschen und der Umwelt einhaken können, um die Planungen und die Umsetzung noch zu beeinflussen.

Kleine Anfrage: Geht es auch leiser!?



Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft stellen Kleine und Große Anfragen, um vom Senat detaillierte Informationen zu aktuellen Problemen, zu Brennpunkten der Hamburger Politik und bisweilen auch zu Nebensächlichkeiten zu bekommen. Dieses parlamentarische Instrument wird vor allem von den Oppositionsparteien genutzt (zur Zeit also von SPD und der LINKEN), während die Koalitionsparteien häufig direkten Zugang zu Informationen der Behörden haben. Seit Beginn der gegenwärtigen Legislaturperiode im Februar 2008 hat es schätzungsweise 3.000 solcher Anfragen gegeben, die vom Senat (mitunter nicht sehr aufschlussreich und eher lapidar oder »maulig«) beantwortet werden. So könnten die BürgerInnen eigentlich gut über die Probleme der Stadt informiert sein, wenn sich denn auch die Medien der Stadt der aus den Senatsantworten hervorgehenden Informationen stärker annehmen würden. Dies ist häufig nicht der Fall. Beispiel: Bürgerschafts-Drucksache 19/3597.

Ich hatte Mitte Juli dieses Jahres den Senat kritisch zur Abgas- und Lärmentwicklung bei den alljährlichen Harley Days befragt. Ich wollte dem mir zugetragenen Gerücht nachgehen, dass viele der aus Anlass des Bikertreffens durch die Stadt röhrenden Harley Davidson Motorräder schlicht »friert« sind und durch eine nicht zugelassene nachgerüstete Auspuffanlage zusätzlich Lärm verursachen. Die heftige Geräuschkulisse nervt viele HamburgerInnen und versetzt vor allem Kleinkinder nicht selten in »Angst und Schrecken«. Auf meine Kleine Anfrage reagierte der Senat mit lapidaren Antworten. Klar, ab und zu würden (Lärm-?) »Kontrollen« durchgeführt, wie viele aber, wisse man nicht. Klar, die Polizei würde bei lärmerhöhenden Manipulationen an den Motorrädern

auch Fahrzeugbetriebslizenzen entziehen, aber Genaueres könne man in der für die Antwort zur Verfügung stehenden einen Woche nicht herausfinden. Klar, »Verstöße gegen die Straßenverkehrszulassungsordnung werden weiterhin nach pflichtmäßigem Ermessen geahndet«, aber...

Mein Eindruck ist, dass die Innenbehörde bzw. die Polizei alljährlich bei den Harley Days die Augen zudrückt bzw. die Ohren verschließt, um dieses Event ja nicht in schlechtem Licht erscheinen zu lassen. Lieber sollen Zehntausende HamburgerInnen ob der unerträglichen Lärmbelastungen ein ganzes Wochenende vor sich hin stöhnen, als dass den »Kultmaschinen« Auflagen gemacht werden.

Der Senat nimmt das immerhin bestehende Lärmschutzprogramm insgesamt eher auf die »leichte Schulter«. Im vergangenen Jahr erlaubten die Stadtoberen ausgerechnet am Anti-Kriegs-Tag (1. September) erstmals einer Militärflugstaffel, mit ihren lärmintensiven Düsenjägern »hübsche« Kapriolen im Tiefflug über die Stadt, sozusagen knapp oberhalb der Baumkronen, zu donnern.

ExpertInnen gehen davon aus, dass Lärm zu den wichtigsten Krankheitsursachen in der Großstadt zählt. Diesen einzudämmen, gehört eigentlich laut Lärmschutzprogramm zu den Aufgaben des Senates. Deshalb müsste er mit Blick auf die Harley Days im kommenden Jahr sicherstellen: Motorradtreffen gern, aber ohne (zudem unzulässige) Auspuffanlagen mit Super-Dröhn-Effekt! Die Antwort auf meine Kleine Anfrage lässt da allerdings wenig Hoffnung.

Die Medienöffentlichkeit hat sich übrigens der Senatsantwort und des damit angesprochenen Lärm- und Abgasproblems auch in diesem Falle nicht angenommen.

Turnfest ja, Leuchtturm-Events lieber nicht!

Sport ist ein zentraler Teil der Kultur, den man vor allem mit eigenen Aktivitäten selbst betreiben sollte. Aber natürlich kann man auch sportlichen Veranstaltungen und Großevents ohne eigene Aktivitäten, die über Fangesänge und den Jubel über Tore oder Rekorde hinausgehen, beiwohnen. Ein Besuch am Millerntor beim FC St. Pauli, in der HSH Nordbank Arena beim HSV oder auch bei einer internationalen Schwimmsportveranstaltung hat oft sicherlich einen ähnlichen Unterhaltungswert wie ein Konzert oder eine bezuschusste Theaterdarbietung.

Mit Blick auf die Sportpolitik allerdings, mit der Frage also, welche Mittel die Stadt wofür ausgibt und wofür nicht, stellt sich die Sache mit den Großevents anders dar. Um auch hier Klartext zu reden: Ich bin keineswegs ein Gegner von Großveranstaltungen, wenn denn der Nutzen für die Menschen (und nicht nur für eine gut betuchte Minderheit) erkennbar ist. Insofern unterstütze ich den interfraktionellen Antrag sämtlicher Bürgerschaftsparteien, mit dem der Senat aufgefordert wird, eine Bewerbung für das Deutsche Turnfest 2017 in Hamburg vorzubereiten. Turnfeste haben bereits drei Mal in Hamburg stattgefunden (1898, 1953, 1994). Zehntausende Menschen haben sich beim letzten Mal im Jahr 1994 an Vorführungen und Wettkämpfen aktiv beteiligt, Hunderttausende HamburgerInnen die Veranstaltungen besucht.

Demgegenüber bin ich froh, dass der Kelch »Schwimmweltmeisterschaft (WM) 2013« – sehr zum Ärger des Senats – an Hamburg vorbeigegangen ist. Der Weltschwimmverband FINA erteilte Dubai den Zuschlag. Für dieses »Superevent« hätten 45 bis 50 Mio. Euro aufgebracht werden müssen, wovon für die Freie und Hansestadt die Hälfte angefallen wären. Vorgeesehen war zum Beispiel, aufblasbare Schwimmbecken zu installieren, die nach Beendigung der Wettkämpfe wieder abgebaut worden wären – ohne jeden Effekt für die Hamburger

SchwimmerInnen und die Verbesserung der teilweisen katastrophalen Hallenversorgung. Deshalb habe am Tag nach der Entscheidung für Dubai und gegen Hamburg den Senat aufgefordert, mit dem eingesparten Geld »die längst überfällige bzw. bisher nur in Mäuschenschritten angegangene, notwendige Sanierung der Sportstätten und speziell die vollständige Erneuerung der Lehrschwimmbecken deutlich zu beschleunigen... Angesichts des heute schon mit fünf Mrd. Euro gehandelten Minus im hamburgischen Haushalt der nächsten vier Jahre erscheint mir eine Konzentration auf die wichtigen sozialen, kulturellen und eben auch sportlichen Belange im Interesse der Bevölkerung angezeigt zu sein.« Doch der Senat ist stur: Anstelle auch nur eine Sekunde über eine Entwicklung in dieser Richtung nachzudenken, brachte die Kultur- und Sportsenatorin Karin von Welck gleich eine erneute Bewerbung Hamburgs für die Schwimm-Weltmeisterschaft 2015 ins Gespräch! Oh Mensch, lass Weisheit herabregnen!

Ich habe mich als sportpolitischer Sprecher der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft nicht nur gegen die Schwimm-Weltmeisterschaft ausgesprochen, ich habe auch die Universiade-Bewerbung (die aufgegeben werden musste) und den Bau einer millionenschweren kombinierten Trab-Galopp-Pferderennbahn in Horn abgelehnt.

Bei der Frage von sportlichen Großveranstaltungen geht es mir und der LINKEN vor allem darum, welche Breitensportlichen Akzente (neben Spitzensportdarbietungen) gesetzt werden, und ob das Geld nachhaltig, zum Beispiel für den Neubau und die Instandsetzung von Einrichtungen, eingesetzt wird, die der Hamburger Bevölkerung und ihren Sportvereinen zugute kommt. Der Hamburger Senat verfolgt mit seiner Sport- und Eventpolitik andere Grundsätze. Dazu Alternativen deutlich zu machen, dafür haben die Menschen DIE LINKE auch in die Bürgerschaft gewählt!



Impressionen vom Turnfest 2009 in Frankfurt a.M.

Lieber DIE LINKE als gar nicht wählen!

www.Joachim-Bischoff.de Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft



Joachim Bischoff, Hamburg-Mitte

Ich stehe dafür, dass

- sozialökologisches Wachstum eingeleitet und neue Arbeitsplätze geschaffen werden;
- gute Arbeit gut bezahlt und endlich ein gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 10 Euro eingeführt wird;
- die Altersrenten armutsfest gemacht werden und das menschenverachtende Hartz IV-System abgeschafft wird.
- Politik transparent und mit wirksamer BürgerInnenbeteiligung stattfindet.

Am 27. September finden Bundestagswahlen statt. Ich bin als Direktkandidat für DIE LINKE im Bundestagswahlkreis Hamburg-Mitte (Wahlkreis 19) nominiert worden. Dieser ist etwas anders zugeschnitten als bei der Bürgerschaftswahl, er umfasst den Bezirk Mitte (ohne Wilhelmsburg), dazu kommen die Viertel Barmbek-Nord, Barmbek-Süd, Dulsberg, Hohenfelde, Uhlenhorst, Eilbek und einige Quartiere des noch recht jungen Stadtteils Sternschanze (ca. 250.000 Wahlberechtigte).

Es ist sicherlich vermessen zu glauben, ich könnte das Direktmandat gewinnen. Gleichwohl sind die Kandidatur und der Wahlkampf eine Möglichkeit, an Aufklärung und politischer Willensbildung mitzuwirken sowie meine Positionen und die in der Bürgerschaftsarbeit gewonnenen Erfahrungen einzubringen. Die WählerInnen können sich in diesem Wahlkreis also zum Beispiel entscheiden zwischen mir als einem entschiedenen Gegner der Kriegsbeteiligung in Afghanistan und dem Wahlkreiskandidaten der SPD, Johannes Kahrs, der diesen Krieg nicht nur befürwortet, sondern für enge Kontakte zur und zumindest vorübergehend auch Zuwendungen aus der Rüstungsindustrie steht.

Ich werde mich nicht nur dieser Auseinandersetzung stellen, sondern in den Stadtteilen das Gespräch suchen, auf Infotischen ansprechbar sein, an Veranstaltungen teilnehmen. Zu einer solchen Veranstaltung lade ich bereits jetzt ein: **Am Dienstag, den 1. September, stelle ich mich ab 19.30 Uhr im Gemeinschaftsraum der St. Georger Drachenbau-Wohnge-**

Allerdings bin ich dagegen,

- dass weiterhin öffentliche Mittel in Leuchtturmprojekten (Elbphilharmonie, Verlagerung der Universität, U4) verschwendet werden;
- dass Millionenbeträge an HSH-Nordbanker ausgereicht und nur die Banken und die Anleihen der Vermögenden gerettet werden;
- dass Kriegseinsätze in Afghanistan und anderswo fortgeführt werden; im Wahlkreis 19 können Sie also zwischen Kriegsbefürwortern und -gegnern wählen.

Aus Protest nicht zu wählen,

löst leider keines der Probleme. DIE LINKE verspricht kein Wolkenkuckucksheim und kann keine raschen Veränderungen garantieren, aber **nur auf eine starke LINKE reagieren die anderen Parteien**. Deshalb: Geben Sie der LINKEN eine Chance.

Joachim Bischoff (Direktkandidat in Hamburg-Mitte)

Wählen Sie ~~DIE LINKE~~.

senschaft (Schmilinskystraße 6a/Hinterhof) der Diskussion. Für welche Politik ich im Detail stehe, gegen welche Zumutungen ich auftrete und auf welchem Wege ich mit und innerhalb der LINKEN welche Veränderungen erreichen möchte, kann ab sofort auch auf der Internetseite

www.Joachim-Bischoff.de

nachgelesen werden. Und wer sich über meine Aktivitäten in der Hamburger Bürgerschaft informieren möchte, findet Statements, Wortbeiträge im Plenum, Anträge und Anfragen auf der Webseite der Bürgerschaftsfraktion

www.linksfraktion-hamburg.de.

Dort sind auch sämtliche BürgerInnenbriefe archiviert, die ich seit März 2008 verschickt habe.

DIE LINKE tritt für einen Politikwechsel ein und wirbt mit zahlreichen konkreten Vorschlägen um WählerInnenstimmen. Sie braucht im Wahlkampf noch personelle, finanzielle und politische Unterstützung. Rufen Sie mich an (0174/336 43 34) oder schicken Sie mir eine Mail (joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de), wenn Sie helfen wollen oder Fragen, Anmerkungen oder auch Widerspruch zu meiner Tätigkeit haben.

DIE LINKE verspricht kein Wolkenkuckucksheim und kann auch keine raschen Veränderungen garantieren, aber nur auf eine starke LINKE reagieren die anderen Parteien. Aus Protest nicht zu wählen, ist keine Lösung. Deshalb bitte ich schon jetzt: Geben Sie der LINKEN eine Chance!

Die Alten werden verdrängt!

In den von Aufwertung und Verdrängung heimgesuchten Quartieren wie dem Schulterblatt und der Langen Reihe ist der Anteil der SeniorInnen drastisch auf unter ein Drittel des Hamburger Levels gesunken. Noch vor 20 Jahren lag ihr Anteil deutlich über dem Hamburger Durchschnitt. Die Älteren, die Einkommensärmeren, die MigrantInnen und die jungen Familien gehören mit Sicherheit zu den Hauptopfern der Gentrifizierung.

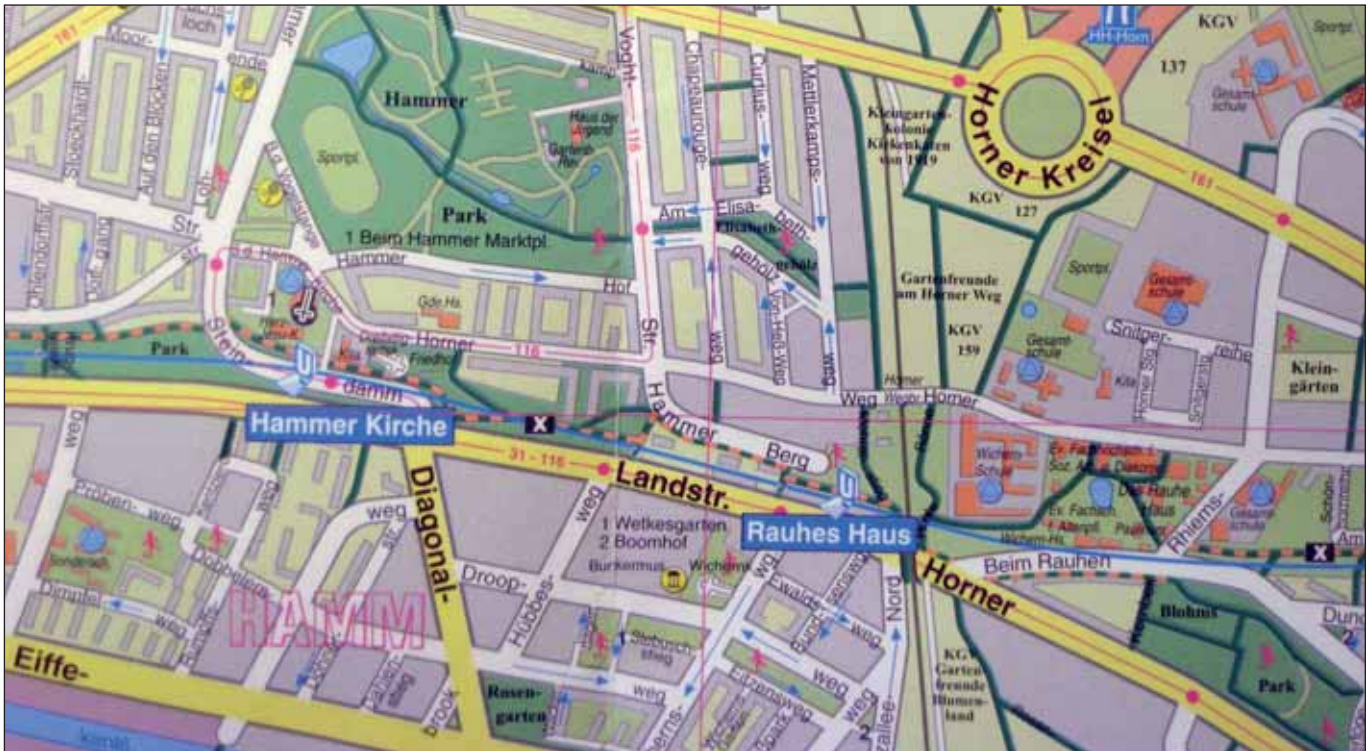
»Alte Menschen im gentrifizierten Viertel« lautet der Titel einer Ausstellung, die die »Grauen Panther Hamburg e.V.« in Kooperation mit dem »Centro Sociale« zusammengestellt haben. Eingegangen sind darin Interviews mit angestammten BewohnerInnen des Karolinenviertels und St. Paulis, Stadtteilfotos und Porträtaufnahmen veranschaulichen die Aussagen. Der einleitende Kommentar unterstreicht, was die AusstellungsmacherInnen herausgefunden haben: »Die Be-

dürfnisse der Bewohner und Bewohnerinnen werden überwuchert von kommerziellen Interessen, die die Lebensqualität im Quartier beeinträchtigen, das Viertel mit Touristen überschwemmen und die ganze Straßenzüge zum Latte Macchiato Event werden lassen.« Als Clou dieser Präsentation gibt es ein gemütliches Sofa, das in den nächsten Monaten immer mal wieder auf den Straßen auftauchen wird: »Auf dem wan-

dernden Sitzmöbel fangen die Grauen Panther weitere Stimmen und Bilder ein, die der (wachsenden) Ausstellung ein immer wieder neues verändertes Gesicht geben werden.«

Zu sehen ist die Ausstellung im ersten Wohnprojekt der Grauen Panther in der Lerchenstraße 37. Nähere Infos zur Gentrifizierung sind unter www.centrosociale.de zu finden.

Per Pedes: Stadtplan für Fußgänger



Neuerdings gibt es einen Hamburg-Stadtplan, der die Interessen von FußgängerInnen bei ihrem alltäglichen Weg zur Arbeit oder beim Bummel am Wochenende in den Mittelpunkt stellt – wenn auch vorerst nur für die Gebiete zwischen St. Georg, Barmbek, Wandsbek und Horn. Die Stadtteilkarte samt »Kurzreiseführer« wird in Zusammenarbeit mit der Initiative »Fuss e.V.« herausgegeben, die sich für die Verbesserung der FußgängerInnensituation einsetzt und zugeparkte Gehwege, doofe Ampelschaltungen oder die mangelnde Beleuchtung der Bürgersteige aufs Korn nimmt (www.fuss-ev.de).

Der »Stadtplan für Fußgänger« enthält Angaben über Bebauung und Vegetation, die ÖPNV-Linien (inkl. der Busverbindungen), kulturelle und soziale Einrichtungen und Straßen. Der Clou sind die Fußwege und »Durchwegungen«, sogar

aufgeschlüsselt nach permanenter Benutzbarkeit (grün) bzw. nächtlicher Schließung. Der Plan lädt dazu ein, sich zu Fuß von a nach b zu bewegen und dabei möglichst eine Strecke »fernab« der Autostraßen zu wählen. Selbst InsiderInnen werden hier Wege entdecken, die ihnen bisher unbekannt waren. Ergänzt wird der Faltpfad durch ein Straßenverzeichnis, den Streckenplan der Schnellbahn- und Regionalverbindungen, Stadtteilporträts von St. Georg und der Jarrestadt, einen kommentierten Spaziergang zur Kolonialgeschichte Wandsbeks und weitere interessante Infos. Der Plan kostet 2,50 Euro und ist im Buchhandel zu erwerben (ISBN 978-3-86514-160-6). Der Pharus-Verlag bietet in seinem Verlagsprogramm außerdem Nachdrucke zweier historischer Karten zum Preis von jeweils 8 Euro an: Hamburg 1931 und Harburg 1912.

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**